



**Niederschrift**  
**zur 11. Sitzung**  
**des Sozialausschusses**  
**am 10.07.2012**  
**um 17:00 Uhr im AWO Elten, Sonderwykstraße 2 a,**  
**46446 Emmerich am Rhein**

**Tagesordnung**

**I. Öffentlich**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.03.2012
- 3 07 - 15 0746/2012 Unterbringung von Asylbewerbern an der Reeser Straße
- 4 07 - 15 0761/2012 Asylbewerber;  
hier: Sachleistungen
- 5 07 - 15 0747/2012 Antrag der AWO Elten auf Übernahme der Miete für zwei weitere Räume im alten Eltener Rathaus
- 6 07 - 15 0749/2012 Gewährung von Zuschüssen zu den Betriebskosten der sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände im Jahr 2012
- 7 07 - 15 0750/2012 Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN auf Einrichtung einer Give-Box an einem öffentlichen Platz
- 8 Mitteilungen und Anfragen
- 9 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Ute Sickelmann

Die Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

Frau Margrit Bongers

(für Mitglied Zapp)

Frau Sandra Bongers

Herr Manfred Brockmann

(für Mitglied Hebben)

Herr Christoph Byloos

Herr Gerhard Gertsen

Frau Karin Heering

Frau Marianne Lorenz

Frau Edith Meisters  
 Herr Bernd Nellissen (für Mitglied Brockmann)  
 Frau Birgit Offergeld  
 Herr Patrick Prehn  
 Frau Anja Schulte  
 Frau Sultan Seyrek  
 Frau Birgit Sloom  
 Frau Elke Trüpschuch

Von der Verwaltung

Herr Johannes Diks Bürgermeister  
 Herr Hans Sterbenk  
 Frau Gisela Kohnen Schriftführerin

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.05 Uhr. Sie begrüßt die Zuhörer, die anwesenden Damen und Herren des Ausschusses, der Verwaltung und der Presse. Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen ist.

**I. Öffentlich**

1. **Einwohnerfragestunde**
2. **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.03.2012**

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3. **Unterbringung von Asylbewerbern an der Reeser Straße  
 Vorlage: 07 - 15 0746/2012**

Die Vorsitzende berichtet über den Besichtigungstermin, den sie gemeinsam mit Frau Offergeld, dem Bürgermeister, Herrn Sterbenk und Frau Kohnen sowie den Asylbewerbern an der Reeser Straße 571 und 573 wahrgenommen hat. Sie bedankt sich bei der Verwaltung dafür, dass diese sich so viel Zeit hierfür genommen hat. Sie führt aus, dass es sich um ein älteres Gebäude handelt, das im Rahmen der Möglichkeiten für die Unterbringung hergerichtet wurde. Brandmelder werden noch angebracht. Gegebenenfalls könne sich der Sozialausschuss nach dem Umzug vor Ort noch einmal ein Bild machen. Zu Befriedung habe auch beigetragen, dass die Asylbewerber die versprochenen Busfahrkarten erhalten, da die Unterbringung ja ziemlich außerhalb des Stadtgebietes erfolge. Damit sei den Menschen eine große Sorge genommen worden.

Herr Sterbenk berichtet, dass die bei dem Besichtigungstermin am 20. Juni 2012 festgestellten Defizite beseitigt wurden bzw. noch werden. Die zweite Küche werde in den nächsten Tagen aufgebaut, die restlichen Möbel werden geliefert. Der Umzug soll am 31. Juli 2012 stattfinden. Ferner berichtet er über die Aufteilung in den beiden Häusern. In einem werden eine Familie mit einem kleinen Kind und deren Freundin untergebracht, in dem anderen Haus weitere fünf Personen. Auf Nachfrage von Mitglied Bartels teilt Herr Sterbenk mit, dass es sich um fünf Einzelpersonen handelt.

Mitglied Offergeld führt aus, dass es nicht wegzudiskutieren sei, dass das Haus

nicht sehr zentral liegt. Ansonsten jedoch habe sie einen sehr guten Eindruck gewonnen und sei freudig überrascht worden. Sie lobt die Verwaltung für den guten Einsatz.

Bürgermeister Diks ruft noch einmal in Erinnerung, warum der Umzug aufgrund der verstärkten Zuweisungen erforderlich geworden ist. Die Immobilie sei im Rahmen der Betuwe-Diskussion von der Stadt gekauft worden. Insofern handele es sich bei der derzeitigen Unterbringung der Asylbewerber nicht um eine Dauerlösung. Da an der Reeser Straße überwiegend Frauen untergebracht werden, könne man davon ausgehen, dass für das Jahr 2012 für zugewiesene männliche Asylbewerber ausreichend Platz vorhanden sei. Wie es dann weiter gehe, müsse abgewartet werden, da dies stark von den Zuweisungen abhängt, auf die man überhaupt keinen Einfluss habe.

Die Unterbringung an der Reeser Straße sei nicht ganz einfach gewesen. Doch man habe versucht, den einzelnen Wünschen gerecht zu werden. Er habe den Eindruck, dass nach dem längeren Gespräch alle zufrieden gestellt waren.

Auf die Frage der Vorsitzenden, ob die Häuser an der Reeser Straße auch von einem Hausmeister betreut werden wie an der Tackenweide, beantwortet Herr Sterbenk dahingehend, dass die Häuser mindestens einmal am Tag sowie am Wochenende aufgesucht werden.

#### **Kenntnisnahme(kein Beschluss)**

Der Sozialausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

#### **4. Asylbewerber; hier: Sachleistungen Vorlage: 07 - 15 0761/2012**

Die Vorsitzende führt aus, dass die Asylbewerber zurzeit zusammengestellte Essenspakete erhalten und dass seitens der Sozialverbände und auch der Betroffenen selber bereits seit Jahren gefordert werde, auf Geldleistungen umzustellen. Dem sei bisher nicht entsprochen worden. Es habe sich jedoch auch im politischen Umfeld ein Umdenken abgezeichnet, so dass die Verwaltung diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt habe. Dafür dankt sie.

Der Bürgermeister führt aus, dass Anlass für die Aufnahme auf die Tagesordnung eine Diskussion im Integrationsrat gewesen sei, ausgelöst von einem Mitarbeiter des Caritasverbandes Kleve. Im Kreis Kleve sei Emmerich die einzige Kommune, die noch Sachleistungen gewähre, und auch in vielen anderen Städten sei man von der Sachleistung zur Geldleistung übergegangen. Das habe man überprüft und es sei tatsächlich so. Auch die Kommunen, die ähnlich wie Emmerich gute Argumente für die Sachleistung hatten wie beispielsweise Bocholt, sehen inzwischen von der Sachleistung ab und geben finanzielle Entschädigungen. Insofern habe die Verwaltung die Anregung aus dem Integrationsrat aufgenommen und diese Vorlage erstellt. Der Bürgermeister betont, dass der Inhalt dieser Vorlage nichts mit der Diskussion auf Bundesebene zu tun habe. Da gehe es um die Höhe der Leistungen, die vermutlich erheblich angehoben werden. Es bleibe abzuwarten, was die Entscheidung finanziell für die Stadt Emmerich bedeute. Er gehe nicht davon aus, dass das Geld, welches aufgebracht werden muss, in voller Höhe vom Bund erstattet werde. Doch dies müsse abgewartet werden.

Mitglied Nellissen betont, dass er es großartig findet, dass durch Caritas und Integrationsrat ein solcher Impuls gesetzt wurde. Dies hätte seiner Meinung nach schon früher geschehen sollen. Im Rahmen der Würde der betroffenen Menschen hält er es für gut, Geld- statt Sachleistungen zu gewähren.

Die Vorsitzende teilt mit, dass in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses über das Urteil, das am 18. Juli 2012 gesprochen wird, berichtet wird.

Auf Nachfrage von Mitglied Bartels, ob nicht mit der Umstellung bis zur Urteilsverkündung gewartet werden solle, erläutert der Bürgermeister, dass dieses sich lediglich auf die Höhe der Geldleistung, die im 14-tägigen Rhythmus ausgezahlt werde, auswirke. Es sei somit bei der Umstellung von sach- auf Geldleistungen unschädlich. Der Bürgermeister führt weiter aus, dass die Umstellung nicht sofort erfolgen könne.

Herr Sterbenk teilt mit, dass der Regelsatz für Asylbewerber 224,97 € betrage. Dieser sei 1993 eingefroren worden. Der Regelsatz im SGB II liege bei 374 €, somit um 150 € höher. Er gehe davon aus, dass die Richter zugunsten der Asylbewerber entscheiden. Zur Umstellung von Sach- auf Geldleistungen teilt Herr Sterbenk mit, dass die Kündigungsfristen mit dem TBH beachtet werden müssen. Zum 1. Oktober 2012 könne umgestellt werden.

Mitglied Gertsen ruft in Erinnerung, dass die Diskussion auch in früheren Jahren geführt wurde und das man sich damals bewusst für Lebensmittelpakte entschieden habe. Er hofft, dass die Asylbewerber die Geldleistungen so einsetzen, dass sie für den Monat ausreichen, damit man nicht vielleicht irgendwann wieder einen Schritt zurück gehen müsse. Er beantragt, nach Beschlussvorschlag abzustimmen. Dem schließt sich auch Mitglied Offergeld an. Auch die Mitglieder Nellissen und Schulte signalisieren ihre Zustimmung. Die Vorsitzende ruft den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, gemäß Beschlussvorschlag abzustimmen, zur Abstimmung auf.

### **Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss beschließt, gemäß den Ausführungen, wie in der Sachdarstellung der Vorlage dargestellt, zu verfahren

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

### **5. Antrag der AWO Elten auf Übernahme der Miete für zwei weitere Räume im alten Eltener Rathaus Vorlage: 07 - 15 0747/2012**

Die Vorsitzende führt aus, dass es sich bei den beiden Räumen um zwei fensterlos handelt, die hauptsächlich als Lager genutzt werden. Sie erinnert an die sehr aktive AWO, vor allem im Bereich der Kinderbetreuung wie zum Beispiel das Kinderzeltla

Auf die Feststellung von Mitglied Bartels, dass für die Stadt keine Mehrkosten entfällt der Bürgermeister, dass die Stadt bis zum 31.12.2015 sowieso die Miete für da zahlen muss. Nach Ablauf der Mietzeit soll die AWO in ein anderes städtisches Ob ziehen. Mitglied Schulte fragt an, ob die beiden Räume auch einzeln vermietet wer

Mitglied Offergeld stellt den Antrag gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

### **Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss stimmt der Anmietung der beiden Räume bis zum 31.12.2015 zu.

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 1

**6. Gewährung von Zuschüssen zu den Betriebskosten der sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände im Jahr 2012**  
**Vorlage: 07 - 15 0749/2012**

Herr Sterbenk erläutert die Vorlage. 100 € sei der Sockelbetrag, den jeder Verband Verbände, die defizitär arbeiten, bekommen einen höheren Zuschuss. Auf nachgefragt glied Bartels teilt Herr Sterbenk mit, dass sich der zur Verfügung stehende Betrag nicht verändert habe. Die Vorsitzende führt aus, dass dieses eventuell bei den Hauptberatungen berücksichtigt werden sollte.

Auf Antrag von Mitglied Offergeld soll nach Beschlussvorschlag abgestimmt werden

**Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss beschließt, die Zuschüsse für das Jahr 2012 zu den Betriebskosten der einzelnen Einrichtungen bei dem Sachkonto 53180000 des Budgets 1.100.05.06.01 entsprechend der Anlage zu dieser Vorlage zu vergeben.

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**7. Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN auf Einrichtung einer Give-Box an einem öffentlichen Platz**  
**Vorlage: 07 - 15 0750/2012**

Die Vorsitzende führt zum Antrag aus, dass eine Give-Box eine gute Einrichtung für Emmerich sein könnte, da damit unbürokratisch geholfen werden könnte. Bürgermeister Diks teilt mit, dass sich die Verwaltung intensiv mit dem Antrag beschäftigt habe. Es reiche nicht aus, lediglich einen Raum zur Verfügung zu stellen. Problematisch sei die tägliche Betreuung. Zudem gebe es in Emmerich drei Einrichtungen, bei denen nicht mehr benötigte Gegenstände abgegeben werden könnten. Wer diese dann haben möchte, muss allerdings ein geringes Entgelt zahlen.

Mitglied Lorenz weist ebenfalls auf Einrichtungen wie Moder und mehr sowie die Kleiderkammer hin. Sie sieht eine große Gefahr, wenn eine Give-Box nicht ständig gepflegt wird. Mitglied Schulte ist der Meinung, dass eine Give-Box von privater Hand betreut werden müsste, keinesfalls jedoch durch die Stadt. Sie kann sich die grüne Ratsfraktion als Betreuer vorstellen. Mitglied Hebben sieht die Gefahr, dass Sperrmüll entsorgt wird. Für Mitglied Gertsen ist die Begründung der Verwaltung in der Vorlage schlüssig. Er verweist auf kostenlose Kleinanzeigen oder das schwarze Brett bei Kaufland. Mitglied Seyrek findet die Telefonzelle in Hüthum sehr ungepflegt. Auch Mitglied Offergeld findet diese unansehnlich.

Die Vorsitzende schlägt vor, doch zumindest eine Ferienbuch-Box in der Telefonzelle im Info Center einzurichten. Der Bürgermeister entgegnet, dass die Telefonzelle ein Geschenk aus King's-Lynn sei und mit Prospekten der Partnerstadt bestückt sei. Mitglied Nellissen schlägt vor, dass die Grünen sich noch einmal mit der Realisierung der Give-Box beschäftigen sollten, denn das Anliegen sei nicht schlecht.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

### **Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss beschließt die Aufstellung einer Give Box abzulehnen.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 1 Enthaltungen 1

## **8. Mitteilungen und Anfragen**

Herr Sterbenk informiert über die sogenannten B-Module zur Heranführung an den Arbeitsmarkt. Hier machen Jugendliche eine zwei- bis dreijährige Ausbildung. Die Kosten liegen bei 100 bis 1200 € im Monat. Bei SOS haben jetzt sieben ihre Prüfung bestanden. Sieben davon haben eine feste Stelle. Die restlichen vier haben gute Aussichten. Beim TBH haben sechs bestanden, einer davon hat eine feste Stelle.

Zu den Unterkunftskosten teilt Herr Sterbenk mit, dass die zulässigen Wohnungsgrößen im SGB II und SGB XII um jeweils 5 qm angehoben wurde, z.B. von 45 auf 50 qm für eine Person oder von 60 auf 65 qm für zwei Personen. Während bis zu dieser Änderung etwa 160 bis 170 Bedarfsgemeinschaften einen Eigenanteil an den Unterkunftskosten tragen mussten. Nach der Angleichung werden es vielleicht noch zehn Fälle sein. Die erhöhten Beträge bei den Unterkunftskosten liegen zwischen 30 und 45 €. Kosten, die auf die Stadt zukommen. Bürgermeister Diks ergänzt, dass die Stadt 50 Prozent der Unterkunftskosten trägt. Er geht von rund 100.000 € Mehrkosten aus. Herr Sterbenk führt weiter aus, dass die Fälle zurzeit umgestellt werden und dass bei neuen Fällen die aktuellen Vorgaben berücksichtigt werden. Mitglied Nellissen fragt nach, ob die Fälle rückwirkend zum 1. Januar 2011 umgestellt werden auch wenn kein Widerspruch erhoben wurde. Herr Sterbenk sagt, dass hier noch keine Entscheidung vorliegt. Sicher sei, dass in anhängigen Verfahren auch der zurückliegende Zeitraum neu beschieden werde.

Mitglied Bartels fragt nach, ob nun mit einer Umzugswelle zu rechnen sei. Bürgermeister Diks erläutert ihm die Vorgehensweise. Ferner möchte Mitglied Bartels wissen, um welche Ausbildungsberufe es sich beim B-Modul handelt. Herr Sterbenk teilt mit, dass es sich bei SOS überwiegend um kaufmännische Berufe sowie um den Beruf der Floristin gehandelt hat. Beim TBH seien es technische Berufe und Metallberufe.

Zu den Unterkunftskosten führt Herr Sterbenk weiter aus, dass diese bereits aufgrund eines neuen Mietspiegels zum 1. Januar 2012 angehoben wurden und nun eine weitere Anhebung erfolge.

Die Vorsitzende geht davon aus, dass in der Herbst-Sitzung mit einer Vorlage die Auswirkungen der erhöhten Unterkunftskosten dargestellt werden. Sie hebt hervor, dass viele Menschen ihren Regelsatz zum Leben nicht hatten, da sie einen Anteil zu den Unterkunftskosten hieraus tragen mussten. Sie sei froh über das eindeutige Urteil des Bundessozialgerichtes.

Herr Sterbenk führt aus, dass die Ausschussmitglieder in der nächsten Sitzung anhand von Beispielen informiert werden, wie viel z.B. einer vierköpfigen Familie mit Regelsatz und Unterkunftskosten zur Verfügung stehen. Dieses halte er gerade in Zeiten von Niedriglöhnen für wichtig.

**9. Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.58 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 24. Juli 2012

Ute Sickelmann  
Vorsitzende

Gisela Kohnen  
Schriftführerin